

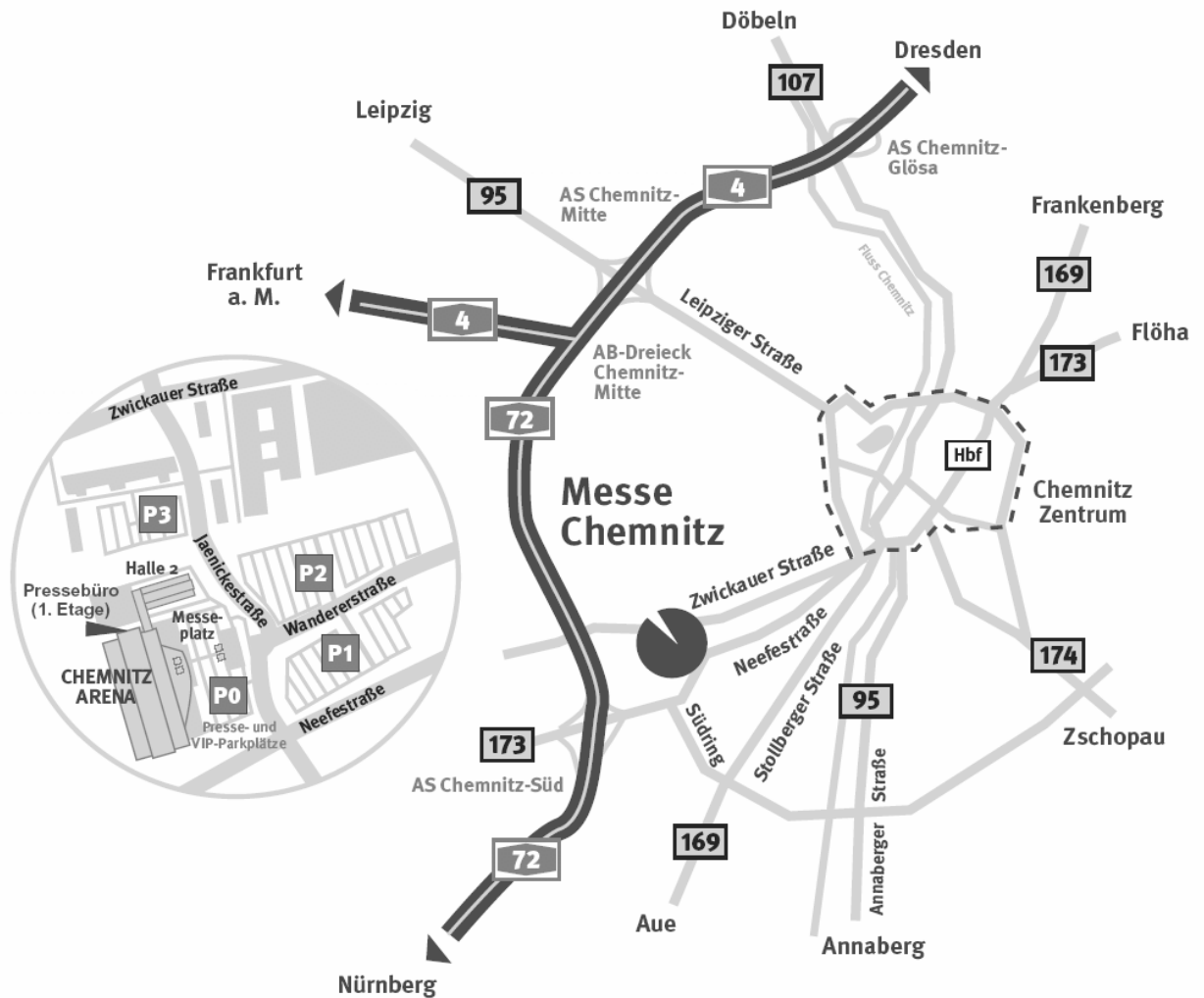
...dass dieses Land sich zum Besseren verändert.

1. Landesparteitag
DIE LINKE. Sachsen
14. und 15. Juli 2007
Messe Chemnitz

Heft (3)
(Berichte und weitere Anträge)

Herausgeber:
Landesgeschäftsführer
der Partei DIE LINKE. Sachsen
Dresden, 5. Juli 2007

ANREISEPLAN



Flugzeug:

Flughafen Dresden oder Leipzig
Autobahn A4/A14 Richtung Chemnitz

PKW:

A72 Autobahnabfahrt Chemnitz-Süd,
Richtung Zentrum

Bahn:

Chemnitz Hauptbahnhof,
Straßenbahn Linie 1 Richtung Schönau,
Haltestelle „Guerickestraße“
Bus Linie 54 (hält am Tagungsort Messe Chemnitz)
Zentralhaltestelle Richtung Neefepark,
Haltestelle „Neubauernweg“

Event- und Messegesellschaft Chemnitz mbH

Messeplatz 1 · 09116 Chemnitz

Telefon: 03 71/39 38 500

Telefax: 03 71/39 38 509

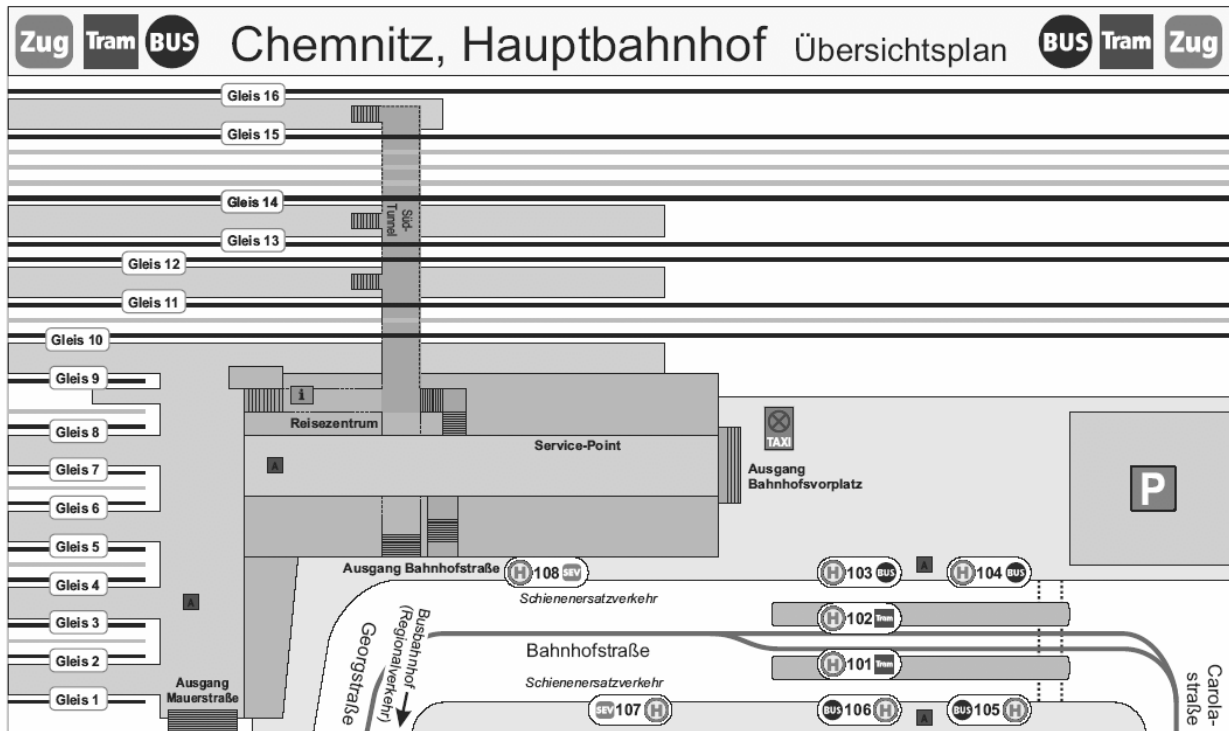
www.messe-chemnitz.com

info@messe-chemnitz.com

**MESSE
CHEMNITZ**

LEISTUNG erleben.

www.messe-chemnitz.com



Zug BUS Tram Chemnitz, Hauptbahnhof Abfahrtsstände **Tram BUS Zug**

Stadtverkehr Chemnitz		Regionalverkehr	
	1 Zentralhaltestelle - Schönau		206 Omnibusbahnhof
	2 Zentralhaltestelle - Bernsdorf		207 Omnibusbahnhof
	4 Zentralhaltestelle - Hutholz		208 Omnibusbahnhof
	6 Zentralhaltestelle - Altchemnitz		210 Omnibusbahnhof
	Zug 522 Zentralhaltestelle - Altchemnitz - Stollberg (Erzgeb.)		211 Omnibusbahnhof
	23 Zeisigwaldstraße, Klinik Bethanien		262 Omnibusbahnhof
	23 Zentralhaltestelle - Rottluff		526 Omnibusbahnhof <i>Bahnersatzverkehr</i>
			705 Flöha - Augustusburg - Eppendorf
			206 Gornau - Zschopau - Marienberg
			207 Zschopau - Marienberg - Olbernhau
			208 Gelenau - Thum - Ehrenfriedersdorf
			210 Annaberg-B. (- Kurort Oberwiesenthal)
			211 Zwönitz - Schwarzenberg
			262 Neukirchen - Lugau - Oelsnitz (Erzgeb.)
			526 Limbach-Oberfrohna <i>Bahnersatzverkehr</i>
			704 Augustusburg - Lengefeld
			705 Zentralhaltestelle

Fahrkarteautomat

Service-Nummer: 01801 4000888 (Ortstarif) Internet: www.vms.de

Inhaltsverzeichnis

B Sachanträge zu weiteren gesellschaftlichen Themen

B. 3 Antrag der Landesvorstände Linkspartei.PDS und WASG Sachsen zur verstärkten Mitgliedergewinnung	6
--	---

D Informationen und Berichte

Bericht des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Sachsen	7
Bericht des Finanzbeirates mit Anlagen	14
Geldbestände der Gebietsverbände	19
Bericht der Landesschiedskommission	20
Bericht der Steuerungsgruppe Verwaltungsreform	21

Änderungsanträge (Stand 2. Juli 2007)

A.1.1 Änderungsantrag zur Gründungserklärung	23
Austauschseite zu A 1. Eine andere Welt ist nötig – Für ein Leben in Menschenwürde Politisch-programmatische Gründungserklärung der Partei DIE LINKE. Sachsen (aus Heft 1)	24

Übersicht über die Kandidaturen für den Landesvorstand und weitere Gremien.	25
--	----

B Sachanträge zu anderen Themen

B. 3

Antrag an die 1. Tagung des Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen Verstärkte Mitgliedergewinnung

Einreicher:

Landesvorstände der WASG und der Linkspartei.PDS Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Der vom Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE beschlossene Wettbewerb zur verstärkten Mitgliedergewinnung ist das richtige Signal zur richtigen Zeit. DIE LINKE. tritt an, diese Gesellschaft, dieses Land zu verändern. Solidarität und soziale Gerechtigkeit anstatt einer Ellenbogengesellschaft sind unser Ziel. Dafür wollen wir möglichst viele Menschen begeistern.

DIE LINKE. Sachsen beteiligt sich am Wettbewerb zur Mitgliedergewinnung. Die Kreisverbände sind aufgefordert, diesen Wettbewerb zu einem ihrer politischen Schwerpunkte für das zweite Halbjahr zu machen. Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle unterstützen die Kreisverbände dabei.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: ____ dagegen: ____ Enthaltungen: ____

Bemerkungen: _____

Bericht des Landesgeschäftsführers an den 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen

(für den Zeitraum Dezember 2005 bis Juli 2007)

1. Vorbemerkungen
2. Allgemeines
3. Schwerpunkte in der Arbeit des Landesvorstandes
4. Terminübersicht

1. Vorbemerkungen

Der Bericht bezieht sich auf die Arbeit des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Sachsen, der seit 17. Juni 2007 erweiterter Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen heißt.

Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, er wurde erstellt von Thomas Westphal und dem Landesgeschäftsführer.

Da dieser Bericht nicht im Vorstand beschlossen worden ist, lege ich als Landesgeschäftsführer diesen Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes nach § 13 Absatz 2g der Landessatzung der Linkspartei.PDS Sachsen vor.

2. Allgemeines

Der Prozess der Partieneubildung bestimmte wesentlich die Arbeit des Landesvorstandes. Bereits ab Mai 2005 stand für den im Dezember 2005 neu gewählten Vorstand die Verschmelzung von Linkspartei.PDS Sachsen und WASG Sachsen als wichtigstes innerparteilichen Thema im Mittelpunkt der Arbeit. Ebenso wie zu den Wahlen des 16. Bundestages stand der Landesvorstand damit vor der vornehmlichen Aufgabe, einerseits die juristisch sichere Kooperation beider Parteien zu organisieren und andererseits hatten die Landesvorstände beider Parteien die Formen einer produktiven Zusammenarbeit mit dem Ziel Partieneubildung zu organisieren. Darüber hinaus musste drittens die Linkspartei.PDS auch und besonders während des Partieneubildungsprozesses politik- und kampagnenfähig bleiben.

Die sich in den Umfragewerten, aber vor allem in den vielen positiven persönlichen Rückmeldungen ausdrückende Zustimmung in der Bevölkerung zur neuen LINKEN generiert sich nicht nur aus dem Parteiprojekt selbst. Sie ist Ausdruck dafür, dass die neue LINKE in den vergangenen Monaten immer auch tagespolitisch Akzente setzte. In den Fordergrund unserer Arbeit nach außen haben wir in Sachsen immer die politische Praxis gestellt. Der sächsische Landesverband hat den Anspruch für die neuen Linken formuliert, so stark zu werden, dass soziale Gerechtigkeit in einem weltoffenen Sachsen mit mehr Demokratie und bei gesellschaftlicher Teilhabe aller durchgesetzt wird.

3. Schwerpunkte in der Arbeit des Landesvorstandes

Partieneubildung

Bei der Aufgabe Partieneubildung können folgende Hauptaktivitäten der Vorstandsarbeit zusammengefasst werden:

- Erarbeitung und Umsetzung einer unwiderruflichen verbindlichen Vereinbarung zwischen der Linkspartei.PDS Sachsen und der WASG Sachsen,
- Erfüllung der Kooperationsverträge die zwischen der Linkspartei. PDS und WASG auf Bundesebene geschlossen worden,
- Erarbeitung einer politisch - programmatischen Gründungserklärung der Partei DIE LINKE. Sachsen,

- Meinungsäußerungen der Landesvorstände zu den programmatischen Eckpunkten,
- Erarbeitung einer Landessatzung, einer Finanzordnung und eines Finanzkonzeptes der Partei DIE LINKE. Sachsen,
- Organisation der innerparteilichen Debatte zur Erarbeitung und Diskussion der politisch-inhaltlichen Fragen sowie der inneren Verfasstheit der neuen Partei.

In jeder Sitzung des Landesvorstandes war die Frage Parteineubildung ein Tagesordnungspunkt. Mehrere gemeinsame Sitzungen sowie Klausuren der Vorstände beider Parteien wurden speziell zu diesem Thema durchgeführt. In Kooperation mit dem Landesvorstand der vormaligen WASG wurden paritätische Arbeitsgruppen zu Strategiefragen, zur Landessatzung und zu Finanzen und Strukturen gebildet.

Der Vorstand hatte zum Ziel, die Parteimitglieder innerhalb des Prozesses der Parteineubildung stark einzubinden. Um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu kommunizieren und zu diskutieren wurden zwei Konvente veranstaltet, am 7. Oktober 2006 der programmatisch- inhaltliche Konvent und am 20. Januar 2007 der Satzungskonvent. Weiterhin unterstützte die Strategiekommission die Durchführung des Sächsisch-Bayerischen Konvents am 21. Januar 2007.

Die Konvente haben sich bewährt, sie sollten als Form der Diskussion in der zukünftigen programmatischen Debatte weiter geführt werden.

Die Vereinbarungen für die Verschmelzung von Linkspartei.PDS und WASG wurden im Zeitraum vom 30.03.07 bis 18.05.07 den Mitgliedern beider Parteien in einer Urabstimmung zur Abstimmung gestellt.

Der größte Landesverband der Linkspartei.PDS hat mit der erfolgreichen Urabstimmung seine Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die Zahlen zeigen deutlich die überzeugende Zustimmung unserer Mitglieder zum Projekt neue LINKE. Die Zustimmung zur Gründung der neuen Partei DIE LINKE lag bundesweit bei 96,9 Prozent, in Sachsen bei 96,8 Prozent. In Sachsen beteiligten sich 86,5 Prozent an der Urabstimmung. Der beste Kreisverband war Annaberg mit einer Beteiligung von 94%.

Strukturveränderung der Partei

Die Verwaltungs- und Funktionalreform der Staatsregierung ist ein konzeptions- und mutloses Herangehen an die notwendige und große Aufgabe, eine bürgernahe Verwaltungsstruktur in Sachsen zu schaffen. Dass die Staatsregierung die berechtigte Kritik an ihrem Vorgehen außer acht lässt und ihre Reform durchsetzen wird ist absehbar. Daraus ergeben sich für DIE LINKE. Sachsen Konsequenzen. Die politischen Implikationen hat der Landesvorstand frühzeitig mit der Steuerungsgruppe „Funktional- und Verwaltungsreform“ und die Konsequenzen für die Gliederung der Partei durch die AG „Struktur“ analysiert und begleitet. Die Erkenntnisse der Gruppen wurden in der Diskussion zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden – bei vor Ort Terminen – eingebracht. Ziel des Landesvorstandes war es, die Bereitschaft vor Ort zu erreichen, die neu zu schaffenden Gliederungen den neuen Kreisstrukturen möglichst jetzt schon anzupassen. (siehe dazu Antrag C.1)

3. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS (4./5. November 2006, Weinböhla)

Auf dem Landesparteitag wurde beschlossen, den ALEKSA.-Prozess fortzuführen. „Das „Alternative Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen – ALEKSA.“, das die PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 2004 veröffentlichte, bietet eine hervorragende Grundlage für den Prozess der Strategieentwicklung der neuen LINKEN in Sachsen. Unter dem Ansatz „Alternativen denken – Konzepte entwickeln – Gemeinsam handeln“ wurde über eine Steuerungsgruppe – unter Einbeziehung der Landtagsfraktion und begleitet von externem Sachverstand – die Debatte zur Fortführung des ALEKSA-Prozesses beginnend im November 2006 bis Mai/Juni 2009 geführt. Der Prozess soll die Ansätze einer neuen LINKEN und die notwendige Anpassung an das bestehende Leitbild „Sachsen – ein zukunftsfähiger, attraktiver und sozial gestalteter Lebens- und Wirtschaftsraum in der Mitte des zusammenwachsenden Europas“ kommunizieren. Wie sehen wir Sachsen im Jahre

2009? Wie leben die Menschen im Jahre 2020 in Sachsen? – Diesen Fragen werden wir mit Sorgfalt und Sachverstand nachgehen. Mit dem ALEKSA.-Prozess untersetzen wir unseren Gestaltungsanspruch.

Weiterhin wurde auf dem Landesparteitag die inhaltliche Ausrichtung der Linkspartei.PDS und des Parteineubildungsprozess WASG diskutiert. Der nahezu einstimmige Beschluss, den demokratischen Sozialismus als Weg, Ziel und Wertesystem in der programmatischen Debatte zu diskutieren und als Identitätskern in das Statut der neuen Partei aufzunehmen, war ein wichtiges Signal der sächsischen Genossinnen und Genossen innerhalb der bundespolitischen Programmdebatte. Mit einer Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus, als einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist, hat die Linkspartei.PDS in den letzten 17 Jahren Politik entwickelt und dafür Anerkennung erhalten.

Wahlen in Sachsen

Der Landesvorstand der Linkspartei.PDS Sachsen mit seinem Landesgeschäftsführer als Landeswahlkampfleiter hat in den Jahren 2006 und 2007 über 20 Kandidaturen für Bürgermeisterämter organisatorisch und finanziell unterstützt. Für die Parteineubildung wichtig war die Unterstützung von Linkspartei.PDS und WASG für gemeinsame Kandidaten. Diese Wahlkämpfe hatten zum Teil unterschiedliche Bedeutung. Allen gemeinsam ist, dass mit der Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten für DIE LINKE. Sachsen auch in Zukunft die kommunale Basis für unseren landespolitischen Erfolg im Freistaat gelegt wird.

Besonders im medialen Interesse waren die Oberbürgermeisterwahlen in Chemnitz (Februar 2006), Leipzig (Juni 2006) und Hoyerswerda (September 2006).

Unsere guten Ergebnisse bei Landtagswahlen, mit Erringung von Direktmandaten in allen drei Städten, spiegeln sich bei den Direktwahlen um das Führungsamt dort nicht wider. Es ist festzustellen, dass die Menschen vor allem zu Verwaltungsfrauen- und männern Vertrauen haben. Deshalb stehen wir vor der Aufgabe, Menschen zu finden, die über Verwaltungserfahrung verfügen und die soziale Kompetenz haben, für die Bürgerinnen und Bürger in der Kommune und im Landkreis Verantwortung zu übernehmen. Dies ist auch eine entscheidende Frage der Parteeentwicklung bzw. Personalförderung. Dahingehend müssen wir unsere strategischen Anstrengungen verstärken.

In diesem Kontext stellt die Wahl von Heiko Rosenthal (DIE LINKE.) zum Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport in Leipzig einen großen Erfolg dar. Damit beginnt nun das Zeitalter der Nachwende-Verwaltungspolitiker. Heiko Rosenthal hat sein Studium nach bundesdeutschen Recht absolviert. Mit seiner Wahl werden Dezernenten in Leipzig nun nach den tatsächlichen Verhältnissen im Stadtrat besetzt.

Antifaschismus

Eine gute Sozialpolitik und eine gerechtere Wirtschaftsordnung allein führen nicht zu einer entscheidenden Zurückdrängung der extremen Rechten. Eine ungerechte Wirtschaftsordnung, steigende Zukunftsängste der Menschen, das Abschreiben ganzer Regionen, eine Politik des sozialen und kulturellen Kahlschlags wie auch die weitere Verschärfung der Ungleichheit die Entwicklungs- und Existenzmöglichkeiten jedoch fördert die extremen Rechten. Antifaschistische Politik steht für die Verwirklichung von Gleichheit in allen Bereichen und von Demokratie auf allen Ebenen. Faschistische Politik steht für die extremste Form der Ungleichheit bis hin zum Bestreiten des Lebensrechtes für ganze Menschengruppen und für einen autoritären Führerstaat. Zurückdrängung des Faschismus kann also nur erfolgen durch mehr Demokratie und durch mehr Gleichheit.

Der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag 2004 hat die Verbreitung einer antisemitischen und rassistischen Ideologie nur öffentlich gemacht. Den Ressourcen- und Prestigezuwachs nutzen die Nazis in der Fläche des Freistaates, um sich dort auf Dauer festsetzen zu wollen. Der Rückzug staatlicher Sozial- und Jugendförderung spielt ihnen dabei in die Hand. Die gestiegene Aggressivität

spiegelt sich in der Zunahme rechtsextremer Gewalttaten wieder. Stark gestiegen sind die direkten Angriffe auf linke Strukturen und Büros.

Der Landesvorstand unterstützte umfänglich den Volksantrag „Courage zeigen“. Die Ablehnung antisemitischer und rassistischer Aktivitäten als weiteres Staatsziel in die sächsische Verfassung aufzunehmen, ist ein richtiges und notwendiges Ziel.

Dessen Scheitern ist auch eine Folge der Bagatellisierung der Gefahr von Rechts. Es verdeutlicht auch die Arroganz in den „Leuchttürmen“ der CDU, welche die reale Faschistisierung Jugendkultur in den kleinen Städten und Gemeinden ausblendet.

Angesichts der demographischen Entwicklung in unserem Land werden wir darauf drängen, alle Kräfte zu mobilisieren, um eine Senkung der Quoren für Volksbegehren von derzeit 450.000 auf 250.000 Unterschriften zu erreichen, wie wir es im Wahlprogramm zur letzten Landtagswahl gefordert haben.

Die Linkspartei lässt die Menschen auch in den Hochburgen der Nazis nicht allein. Wir unterstützten den 2. und 3. Antifaschistischer Ratschlag in Sachsen am 28. Januar 2006 und am 27. Januar 2007 unter dem Motto „Wehret den Zuständen! - Hinschauen statt wegschauen!“. Der Antifaschistische Ratschlag wird seit 2005 jährlich in zeitlicher Nähe zum internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar als Bündnisveranstaltung durchgeführt, die von zahlreichen Gruppen aus allen Teilen Sachsens getragen und vorbereitet wird.

Die Demonstration „Für Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus!“ am 12. Mai 2007 in Mittweida war ein weiteres wichtiges Zeichen gegen die nicht tolerierbaren Gewaltakte von Rechtsextremisten in den Landkreisen. Mehrfache Übergriffe auf Menschen und linke Strukturen verdeutlichen, dass die Regionen lokale Aktionspläne gegen den Rechtsextremismus brauchen.

Jugendarbeit

Mit der jugendpolitischen Sprecherin im Landesvorstand und der Jugendkoordinatorin der Partei hat der sächsische Landesverband weiter die Jugendarbeit personell als eine entscheidende Frage der Parteientwicklung gefördert. Zusätzlich unterstützte der Landesvorstand die verschiedenen Veranstaltungsformen der Jungen Linken.

Seit Dezember 2005 fanden vier Landesjugendtage statt. Im April 2006 in Hoyerswerda, im September 2006 in Oschatz, im März 2007 in Schirgiswalde und im Juni 2007 in Dresden.

Bis zu 100 junge Menschen, Mitglieder und Sympathisanten der sächsischen Linkspartei unter 27 Jahren, machen dabei Politik im Plenum, in Informationsveranstaltungen und diskutierten auf diesen Jugendtagen Fragen der Vernetzung der verschiedenen bestehenden Jugendgruppen. Dies war ein wichtiger Beitrag im Hinblick auf die Bildung der Jugendstruktur in der neuen LINKEN Partei in Sachsen und der Bundesrepublik. Ein Ergebnis war die Gründung des bundesweiten Jugendverbandes Linksjugend [‘solid] im Juni 2007 in Berlin.

Zweites Großprojekt der sächsischen Jugendarbeit im und beim Landesvorstand ist die Durchführung des Internationalen Politischen Pfingstcamps. Zum neunten Mal trafen sich 2007 im tschechischen Srbska Kamenice junge Menschen aus Deutschland, Polen und Tschechien. 500 Gäste stellten dabei einen neuen TeilnehmerInnenrekord dar. Das Pfingstcamp der Jungen Linken.PDS Sachsen hat sich in den letzten Jahren zu einem der zentralen Polit-Kultur-Ereignisse der Jugend in und bei der Linkspartei.PDS entwickelt. Die Verbindung von politischen Debatten und kulturellen Angeboten prägt das Pfingstcamp wie auch das politische Selbstverständnis des Jugendverbandes der Linkspartei.PDS Sachsen. Politik ist kein trockener, abgehobener Prozess hinter verschlossenen Türen.

Gewerkschaftspolitik

Die Gewerkschaften gehören nicht der SPD! Die Mindestlohnkampagne der LINKEN hat sich vor allem an die Seite derer gestellt, die arm trotz Arbeit sind. Sie hat darüber hinaus den Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften gezeigt, dass die neue LINKE eine starke Partnerin für

ArbeitnehmerInneninteressen ist. Der Landesvorstand hat seiner Gewerkschaftspolitik hohe Priorität eingeräumt. So führten Linkspartei.PDS und WASG Sachsen gemeinsam am 4. März 2006 eine gewerkschaftspolitische Konferenz in Zwickau durch. Daran nahmen 120 Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Parteien und allen Einzelgewerkschaften, darunter als Gäste viele Gewerkschafter und Betriebsräte teil. Die Konferenz verabschiedete eine Erklärung, in der die verstärkte öffentliche Diskussion über die Rolle der Gewerkschaft und der generellen Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates unter den Bedingungen der Globalisierung eingefordert wurde.

Mindestlohnkampagne

Auf dem Hallenser Bundesparteitag im April 2006 wurde die gemeinsame Kampagne von Linkspartei.PDS und WASG und der Bundestagsfraktion DIE LINKE für einen gesetzlichen Mindestlohn gestartet.

Die Mindestlohnkampagne wurde vom Landesvorstand intensiv geführt. Mit dem unter allen Landesverbänden einzigartigen „Mindestlohnmobil“ konnten zahlreiche sachsenweite Infostände und Veranstaltungen unterstützt werden. Die „Sächsische Mindestlohntour 2006“ informierte in Abstimmung mit dem „ver.di-Mindestlohn-Mobil“ über dieses Anliegen von Linkspartei.PDS, WASG und Gewerkschaften und mobilisierte für die Großdemonstrationen am 21. Oktober 2006.

Nach der am 22. Januar 2007 vom Parteivorstand beschlossenen zweiten Etappe der Mindestlohnkampagne, wurde das Schwerpunktthema Mindestlohn mit Unterschriftensammlungen und weiteren Informationsmaterialien bearbeitet.

Die Diskussion innerhalb der SPD um Mindestlöhne und das mittlerweile positive gesellschaftlich Klima zu dieser Thematik verdeutlichen die Wirkungskraft unserer Kampagne. Gleichzeitig war sie ein Motor im Parteineubildungsprozess.

G8-Protteste

Der Landesvorstand hat die Protteste gegen den G8-Gipfel 2007 aktiv unterstützt. Zur Großdemonstration am 2. Juni 2007 fuhren 14 Busse aus Sachsen sowie mehrere von uns in der Organisation und Finanzierung unterstützte Bahngruppen. Neben der Demonstration in Rostock haben der Landesvorstand und weitere sächsische GenossInnen Workshops auf dem Gegengipfel organisiert. Die starke Hilfe seitens der sächsischen Linkspartei.PDS bei der Koordination der Gipfelproteste hat unsere Akzeptanz im Netz globalisierungskritischer und antikapitalistischer Gruppen und Verbände deutlich erhöht.

Beteiligung des Landesvorstandes bei der Fraktionsnachfolge der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag

Mit der Entscheidung von Peter Porsch nicht mehr für den Vorsitz der Landtagsfraktion zu kandidieren, die er seit Herbst 1994 erfolgreich führt, steht die Fraktion vor einer großen Herausforderung. Sie muss an bisherigen Erfolgen anknüpfen und zugleich Zeichen für neue Entwicklungen setzen. Dafür soll auch die Fortschreibung des Alternativen Landesentwicklungskonzeptes für den Freistaat Sachsen (Aleksa.) einen Beitrag leisten.

Der Landesvorstand hat sich intensiv mit der Frage der Fraktionsnachfolge der Linksfraktion im Sächsischen Landtag auseinander gesetzt. Dabei wurde am 5. Februar 2007 auf einer Sondersitzung der gemeinsame Vorschlag der Landesvorsitzenden Dr. Cornelia Ernst und des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Peter Porsch - für das Amt des Fraktionsvorsitzenden Dr. André Hahn und als Parlamentarische Geschäftsführerin Caren Lay - einstimmig bestätigt.

Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

Seit 2006 erscheint mit der „SO! – Die Zeitung der Linken in Sachsen“ eine neue Monatszeitung für Sachsen, die linke Stimmen und Meinungen aus Sachsen zusammenbringen soll. Um das zu ermöglichen, wurde die Landesmitgliederzeitung der Linkspartei.PDS Sachsen Opp! nach zehn Jahren

mit der Ausgabe 12/2005 zugunsten des neuen Projektes eingestellt. Die Redaktion der Opp! wurde mit neuen Leuten aus Linkspartei.PDS und WASG erweitert, Träger der Zeitung ist ein eingetragener Verein.

Als einen weiteren Schritt zur verbesserten Kommunikation und Abstimmung der politischen Arbeit haben sechs Abgeordnete der Linkspartei eine gemeinsame Internetplattform mit bundesweiten Anspruch eröffnet. Beteiligt an dem neuen Internetprojekt www.linke-bueros.de sind Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, dem Bundestag, dem Sächsischen Landtag und der kommunalen Ebene. Mit diesem Angebot wird das offene und moderne Kommunikationskonzept projekt- und bürgerorientierter Büros auch im Internet verwirklicht.

Aktivitäten zur Unterstützung anderer Landesverbände und vor Ort Aktionen

Der Landesverband Sachsen beschloss konkrete Maßnahmen, einschließlich der Bereitstellung finanzieller Mittel zur Unterstützung des Landesverbandes NRW zu den Landtagswahlen im Zeitraum März bis Mai 2005 im Raum Salzuflen und Aachen, im Jahr 2006 im Zeitraum März für den Landesverband Die Linke.PDS und die WASG Baden- Württemberg, insbesondere im Raum Reutlingen, Metzingen und unterstützte Die Linke. Berlin bei der Abgeordnetenhauswahl im September. Besondere Hilfe leistete unser Landesverband in diesem Jahr den LINKEN in Bremen zu den Bürgerschaftswahlen im April und Mai 2007.

Neben logistischer Hilfe, der Zusendung von Spendengeldern und zusätzlichen Werbemitteln erfolgten stets konkrete mit dem Bundeswahlbüro sowie den Landeswahlleitern abgestimmte personenbezogene mehrtägige Einsätze über die Landesgeschäftsstelle, koordiniert durch Manfred Beck, die sowohl Hilfe bei Plakatierungsmaßnahmen, Bereitstellung von Technik, einschließlich Transporter zur Durchführung von INFO- Ständen und zu Kundgebungen und bei gezielten Steckaktionen - wie zuletzt in Bremen und Bremerhaven - beinhalteten.

Tatkräftig unterstützt und ebenfalls personell und finanziell abgesichert wurden das bundesweit beliebte Pfingstcamp der LINKEN am Werbellinsee, jeweils im Zeitraum Mai/ Juni, insbesondere mit eigener Kulturbühne und auch die BAGSO bei der Durchführung des Deutschen Seniorentages im Mai des vergangenen Jahres in der Messe Köln mit eigenem Stand, Material und bei der Durchführung der vielen themenbezogenen Veranstaltungen.

Mit großen Komplexständen, unter Einbeziehung kleinerer Vereine, Unternehmen und Verbände, präsentierte sich der Landesverband gemeinsam mit der Landtagsfraktion zu den „Tages der Sachsen“ 2005 in Weißwasser, 2006 in Marienberg und wird dies auch 2007 in Reichenbach - unter Einbeziehung des Kreisverbandes Vogtland-Plauen - tun.

Der Landesverband Sachsen beteiligte sich 2006 mit einer umfangreichen personellen Hilfe bei der Durchführung des größten Internationalen Pressefestes „Humanité“ in Paris (500.000 Besucher) und übernahm die Gesamtregie der Bundes-AG im großen Festzelt, einschließlich Technik und Dolmetschereinsatz.

Auch 2007 beteiligen wir uns mit einer Delegation und übernehmen zudem - in Abstimmung mit der AG Internationale Arbeit des Bundesvorstandes - die Hauptverantwortung für die Durchführung des Komplexstandes bei der „Volksstimme“ in Wien Anfang September.

4. Terminübersicht

- Gewerkschaftskonferenz, 4. März 2006
- 11. Landesjugendtag, 7. bis 9. April 2006
- 8. Internationales Politisches Pfingstcamp
- Seniorenkonferenz, 19. Juni 2006
- Regionaltag Hoyerswerda: DIE LINKE. im Bundestag, 24. August 2006
- Tag der Sachsen in Marienberg, 1. bis 3. September 2006
- 12. Landesjugendtag, 15. bis 17. September 2006

- Sächsische Mindestlohntour, 15. September bis 20. Oktober 2006
- Parteineubildung: programmatisch inhaltlicher Konvent, 7. Oktober 2006
- Großdemonstration gegen Sozialabbau (Berlin), 21. Oktober 2006
- 3. Tagung des 9. Landesparteitages, 4. bis 5. November 2006
- Parteineubildung: Satzungskonvent, 20. Januar 2007
- Parteineubildung: Sächsisch-Bayerischer Konvent, 21. Januar 2007
- 13. Landesjugendtag, 16. bis 18. März 2007
- Aktive Wahlkampfunterstützung vom 11. bis 12. April und am 5. und 6. Mai 2007 in Bremen und Bremerhaven in Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen
- Parteineubildung: „Bisky in Sachsen“, 16. bis 19. April 2007
- Familienkonferenz, 12. Mai 2007
- 9. Internationales politisches Pfingstcamp, 25. bis 28. Mai 2007
- Anti-G8-Großdemonstration, 2 Juni 2007
- 14. Landesjugendtag, 11. Juni 2007

5. Terminübersicht (Beratungen Landesvorstand)

2006 (20 LV-Sitzungen)

13. Januar
 03.-.05. Februar (Klausur)
 24. Februar (mit Landesrat
 10. März
 31. März
 21. April
 05. Mai
 20. Mai (Klausur mit WASG)
 09. Juni
 27. Juni
 14. Juli
 08. September
 09. September (mit Landesrat)
 29. September
 20. Oktober
 28. Oktober (mit WASG)
 03. November
 24. November
 08. Dezember

2007 (14 LV-Sitzungen)

19. Januar
 05. Februar
 10. Februar (Klausur)
 02. März
 09. März
 10. März (mit WASG)
 17. März (mit Landesrat)
 30. März
 20. April
 11. Mai
 01. Juni (mit WASG)
 08. Juni (mit WASG)
 22. Juni (DIE LINKE. Sachsen)
 13. Juli

Bericht des Finanzbeirates an den 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen

Berichterstatteerin Angela Hähnel, Vorsitzende des Finanzbeirates

Der Finanzbeirat (FBR) hat sich seit dem letzten Landesparteitag vorrangig mit folgenden Themen beschäftigt:

mit der Planung für das Jahr 2007

mit dem Finanzkonzept bzw. Finanzordnung für DIE LINKE.Landesverband Sachsen

mit der finanztechnischen Fusion von WASG und Linkspartei.PDS

mit finanztechnischen Vorbereitungen für die Kreisfusion

Sonstiges und Allgemeines.

Zu 1. Planung für das Jahr 2007

Die Planung für das Jahr 2007 gestaltete sich komplizierter unterer anderem auch, weil von den wenigsten Kreisverbänden die Pläne bzw. die finanziellen Anforderungen der Landesgremien vorlagen. Wir hatten dies auf dem Weinböhlerer Parteitag schon kritisiert. Trotzdem erhielten wir erst Ende Januar die letzten Unterlagen. Aus dem Grund war es uns erst möglich im März 07 von Landesvorstand und Landesrat einen Finanzplan für den Landesverband zu beschließen. Dadurch haben wir auch erst im Januar 07 über eine Veränderung des Aufteilungsverhältnisses der Beitragseinnahmen zu Gunsten des Landesvorstandes verständigen können.

Um uns darüber mit zahlreichen Vertretern der Kreisverbände zu verständigen, führten wir mit dem Landesrat zwei Diskussionsrunden durch. Außerdem haben wir die Problematik zu den Beratungen mit den Vorsitzenden, den Geschäftsführern und den Finanzverantwortlichen der Kreisverbände sowie den Vertretern der Landesarbeitsgemeinschaften angesprochen und diskutiert. Der Entscheidung ging eine lange Diskussion im FBR voraus. Beeinflusst wurde die Änderung des Aufteilungsverhältnisses auch von den finanziellen und technischen Leistungen, die durch die Landesgeschäftsstelle bzw. dem Landesvorstand für die Kreisverbände bezahlt wurden und werden (siehe Anlage 1).

Den Kreisen wurden Aufstellungen über die Kostenentwicklung, über die Spendentätigkeit von Mandatsträgern in den Kreisen und der Geldbestände übergeben. Bei der Analyse der Geschäftsstellen haben wir festgestellt, dass die Spanne der Ausgaben für den Geschäftsstellenbetrieb im Vergleich zu den Einnahmen liegt zwischen 11,78 % bis 64,61 % (siehe Diagramm). Hier sehen wir teilweise Einsparungspotenzial.

Mit den Vertretern der Landesarbeitsgemeinschaften wurde über eine Kostenminimierung und eine Einnahmeerhöhung gesprochen. Sie wurden davon in Kenntnis gesetzt, dass ihnen für das Jahr 2007 10 % weniger zur Verfügung stehen werden.

Mit dem Plan 2007 wurden mehrere zusätzliche Beschlüsse gefasst. Die Umsetzung der Beschlüsse ist noch nicht vollständig erfolgt. So wurde u.a. dem FBR die bisher verbrauchten Mittel der Landesarbeitsgemeinschaften nicht vorlegt, damit erschwert sich das Controlling.

Für die Planung 2008 ist es notwendig, dass die Termine entsprechend der Finanzordnung eingehalten werden, auch wenn durch die Kreisreform Änderungen auf uns zukommen. Unser Ziel ist es wenigstens im Januar 2008 einen Plan zu beschließen.

Zu 2. Finanzkonzept und der Finanzordnung

Entsprechend dem Beschluss des Landesvorstandes hat der FBR die "Arbeitsgruppe Finanzen" zur Erstellung der neuen Dokumente unterstützt. Auf der Grundlage von unter 1. schon gemachten Aussagen wurden Änderungen vorgeschlagen.

Zu 3. Finanztechnische Fusion von WASG und Linkspartei.PDS

Um die finanztechnischen Fusionsvoraussetzungen abzuklären wurde der Schatzmeister der sächsischen WASG in den FBR gewählt. Der FBR nahm im Juni 2007 den vorläufigen Abschlussbericht zur Kenntnis. Alle ehemaligen Mitglieder der WASG werden auf Anregung des Finanzbeirates angeschrieben und aufgefordert zum nächstmöglichen Zeitpunkt ihren Beitrag an die entsprechenden Kreisverbände abzuführen. Dabei wird auf die Teilnahme am Lasteneinzugsverfahren besonders hingewiesen.

In seiner Augustberatung will der FBR sich noch einmal mit dieser Problematik beschäftigen.

Zu 4. Finanztechnische Vorbereitungen für die Kreisfusion

Durch den FBR wurde eine Musterfinanzordnung für die neuen Kreisverbände erarbeitet. In ihr wurden auch die Kritiken des Wirtschaftsprüfers berücksichtigt. Wert legt der FBR besonders darauf, dass alle Kreisverbände ab 2008 nur noch ein Bankkonto führen. Erarbeitet wurde auch ein Muster, für die finanztechnische Zusammenlegung der Kreisverbände.

In den nächsten Beratungen wird sich der FBR weiterhin mit dieser Problematik beschäftigen. In diesem Jahr wird noch eine Handreichung für die Schatzmeister (Arbeitstitel A B C für Schatzmeister) fertiggestellt. Dies soll die Arbeit der Schatzmeister/innen erleichtern. Außerdem will der FBR ein einheitliches Belegwesen erarbeiten, das ab Januar 2008 nur noch gilt.

Zu 5. Sonstiges und Allgemeines

Vor allem die Vorsitzende des Finanzbeirates nahm an den Beratungen und Klausuren des Landesvorstandes teil. Leider war es nicht immer möglich, vor den Landesvorstandssitzungen die entsprechenden Finanzanträge im FBR zu behandeln.

Geplant ist noch in diesem Jahr eine gemeinsame Beratung mit der Finanzrevisionskommission, vor allem im Bezug auf das einheitliche Belegwesen.

Ständig befasste sich der FBR mit der Einhaltung von Beschlüssen von Landesvorstand, Landesrat und der Landesparteitag zum Thema Finanzen. Hier müssen wir feststellen, dass der Beschluss, zur Erreichung von 80% Teilnahme am Lasteneinzugsverfahren nicht eingehalten wurde (siehe Anlage 2).

Seit dem letzten Landesparteitag fanden sieben Beratungen des Finanzbeirates, auch außerhalb der Landesgeschäftsstelle statt.

Anlage 1

Was finanziert der Landesvorstand für die Kreisverbände bzw. welche kostenlose Leistungen können die Kreisverbände in Anspruch nehmen

- Versicherungen für alle Geschäftsstellen, für Veranstaltungen und ehrenamtliche Tätigkeit
- Beteiligung an Kommunalwahlen incl. der Bereitstellung von Material und aktiver Hilfe vor Ort
- GEMA Gebühren für den gesamten Landesverband
- Druck, Transport und Anlieferung der Zeitung „SO!“
- Materielle und technische Hilfeleistung vor Ort bei bundes- und landesweiten Aktionstagen
- Archivierung aller Finanzunterlagen aus den Kreisverbänden und das Parteiarchiv
- Aufarbeitung der Finanzabrechnungen durch eine Buchhalterin
- Betreuung des Mitgliederprogramms

Anlage 2

Übersicht Teilnehmer am Lasteneinzugsverfahren per Juni 2007

KV/SV	Mitglieder	Teilnehmer am Lasteneinzug	in %
-------	------------	----------------------------	------

Stollberg	274	240	87,59%
Annaberg	193	158	81,87%
MEK	224	145	64,73%
Aue-Schwarzenberg	453	233	51,43%
Summe 1	1144	776	67,83%

Hoyerswerda	222	171	77,03%
Regionalverband Oberlausitz	1443	1034	71,66%
Summe 2	1665	1205	72,37%

Leipziger Land	449	79	17,59%
Muldentalkreis	284	148	52,11%
Summe 3	733	227	30,97%

Riesa-Großenhain	249	191	76,71%
Meißen	373	245	65,68%
Summe 4	622	436	70,10%

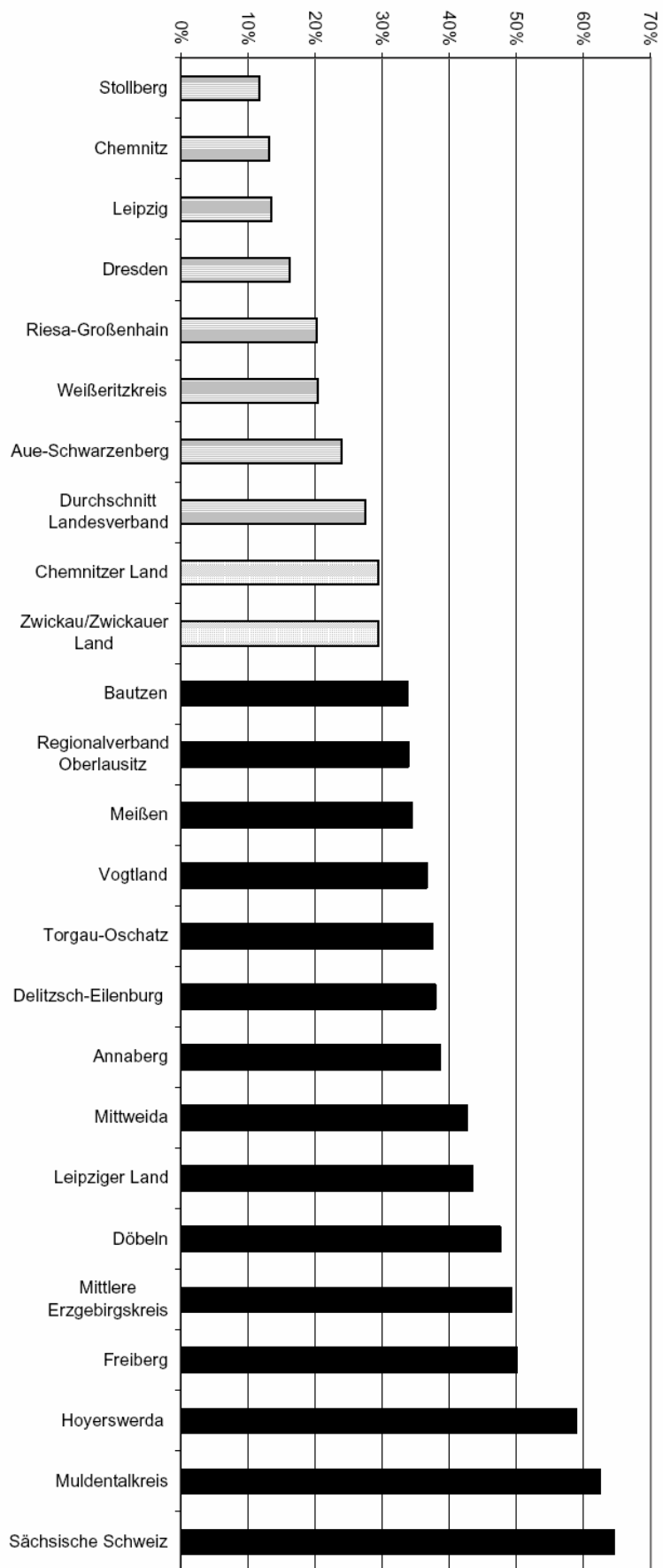
Weißeritzkreis	363	236	65,01%
Sächsische Schweiz	368	186	50,54%
Summe 5	731	422	57,73%

Chemnitzer Land	448	192	42,86%
Zwickau/Zwickauer Land	639	252	39,44%
Summe 6	1087	444	40,85%

KV/SV	Mitglieder	Teilnehmer am Lasteneinzug	in %
Torgau-Oschatz	265	160	60,38%
Delitzsch-Eilenburg	343	198	57,73%
Summe 7	608	358	58,88%
Mittweida	360	178	49,44%
Döbeln	221	109	49,32%
Freiberg	379	137	36,15%
Summe 8	960	424	44,17%
Leipzig	1711	799	46,70%
Chemnitz	1379	958	69,47%
Dresden	1551	1128	72,73%
Vogtland	622	311	50,00%
Bautzen	465	231	49,68%
Summe	13278	7719	58,13%

Im Januar 1997 wurde mit dem Einzugsverfahren begonnen. Lt. Parteitagsbeschluss sollten sich 80 % der Mitglieder daran beteiligen. Leider haben dieses Ziel nur 2 Kreisverbände erreicht.

Anteil der Ausgaben für den Geschäftsbetrieb an den Einnahmen der Kreise 2006



In den Kreisverbänden Mittelere Erzgebirge, Delitz-Eilenburg sowie im Stadtverband Hoyerswerda werden sich die Ausgaben 2007 minimieren.

Geldbestände der Gebietsverbände

	Geldbestand Ende 2005	Kasse	Bank	Wertpapiere MK-Anlagen	Geldbestand Ende 2006
Annaberg	10.417,55 €	224,61 €	11.430,45 €	3.000,00 €	14.655,06 €
Aue/Schwarzenberg	46.058,60 €	596,55 €	13.042,67 €	29.440,00 €	43.079,22 €
Bautzen	12.919,62 €	149,12 €	15.627,02 €		15.776,14 €
Chemnitz	58.658,59 €	585,54 €	114.424,91 €		115.010,45 €
Weißeritzkreis	8.349,89 €	696,24 €	15.473,96 €		16.170,20 €
Döbeln	4.948,77 €	264,88 €	4.168,71 €	1.098,07 €	5.531,66 €
Dresden	44.190,15 €	277,66 €	95.422,85 €		95.700,51 €
Delitzsch-Eilenburg	8.768,33 €	96,31 €	6.143,31 €	9.879,27 €	16.118,89 €
Freiberg	11.665,13 €	642,31 €	6.257,35 €	9.659,29 €	16.558,95 €
Muldentalkreis	4.188,95 €	121,69 €	3.128,19 €		3.249,88 €
Chemnitzer Land	30.156,65 €	386,72 €	34.531,50 €		34.918,22 €
Hoyerswerda	3.456,14 €	254,07 €	2.118,02 €		2.372,09 €
Leipziger Land	17.946,95 €	325,98 €	15.775,43 €		16.101,41 €
Leipzig	327.310,67 €	1.098,07 €	132.607,62 €	152.948,17 €	286.653,86 €
Mittl.Erzgeb.Kreis	8.466,69 €	548,33 €	4.194,16 €	3.430,26 €	8.172,75 €
Meißen	4.341,11 €	92,08 €	9.542,52 €	862,69 €	10.497,29 €
Torgau-Oschatz	7.607,71 €	869,73 €	6.302,34 €	6.041,06 €	13.213,13 €
Sächsische Schweiz	6.945,49 €	780,97 €	1.732,21 €	5.471,20 €	7.984,38 €
Vogtland	21.001,72 €	159,73 €	26.889,32 €		27.049,05 €
Riesa-Großenhain	13.388,81 €	750,17 €	13.554,48 €		14.304,65 €
Mittweida	13.107,38 €	319,37 €	16.606,33 €		16.925,70 €
Stollberg	6.876,72 €	300,85 €	1.696,55 €	7.902,92 €	9.900,32 €
Zwickau/Z.-Land	54.324,95 €	247,75 €	29.466,63 €	44.025,99 €	73.740,37 €
RegionOL	23.230,20 €	4.128,08 €	8.096,46 €	14.454,39 €	26.678,93 €
	748.326,77 €	13.916,81 €	588.232,99 €	288.213,31 €	890.363,11 €

**Bericht der Landesschiedskommission Sachsen an den
1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen
für die Zeit vom 05.11.2006 bis 13.07.2007**

Berichterstatteerin Anja Herrmann, Vorsitzende Landesschiedskommission

Im 2. Abschnitt der Amtszeit der Landesschiedskommission wurde die Berufung der Genossen Jahn und Spolwig gegen den Beschluss der Stadtschiedskommission Dresden, der den Antrag auf Ausschluss der Genossen Aigner, Herpichböhm, Mattern, Ostrowski, Weckesser und Zerbst zurückwies, verhandelt und das Verfahren zum Abschluss gebracht. In diesem Verfahren fand die 1. mündliche Verhandlung am 16.12.2006 statt, zu der die Dresdner Genossinnen und Genossen sich entschuldigt hatten. Nach Anhörung der Antragsteller wurde die Sitzung auf den 20.01.2007 vertagt. Leider kam an diesem Tag die erforderliche Anzahl der Mitglieder der Landesschiedskommission aus gesundheitlichen und beruflichen Gründen nicht zusammen, so dass die Sitzung erneut vertagt werden musste. Am 24.02.2007 traf man sich dann zur 2. mündlichen Verhandlung, in der dann auch die Antragsgegner gehört wurden. Die Entscheidung der Landesschiedskommission, dass die benannten Genossinnen und Genossen nicht aus der Partei ausgeschlossen werden sollen, wurde rechtskräftig.

Der Landesschiedskommission wurden im gesamten Verlauf des Verfahrens durch die Presse und auch durch Verfahrensbeteiligte Verletzungen der Neutralität und Parteinahme für die Antragstellerseite vorgeworfen. Diese Vorwürfe sind zurückzuweisen, denn sie lassen zu, dass die Integrität der durch den Landesparteitag gewählten Landesschiedskommissionsmitglieder grundlos beschädigt wird. So verständlich die Emotionalität der Verfahrensbeteiligten sein mag, so unverständlich ist es, wenn eine Seite den Weg in die Öffentlichkeit geht, um die Landesschiedskommission medienwirksam unter Druck setzen zu wollen.

Die Mitglieder der Landesschiedskommission waren stets auf eine objektive Sichtweise und ein sachliches Herangehen bedacht.

01.07.2007

Tätigkeitsbericht Steuerungsgruppe Verwaltungsreform an den 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen

Der 9. Landesparteitag der Linkspartei.PDS hat sich auf seiner ersten Tagung am 26./27. November 2005 mit der anstehenden Verwaltungs-, Funktional-, und Kreisgebietsreform beschäftigt. Mit dem beschlossenen Konzept für eine bürgernahe Verwaltung in Sachsen war die Linkspartei.PDS die erste politische Kraft in Sachsen, die ein geschlossenes Leitbild für die anstehende Reform vorweisen konnte.

Der Landesparteitag fasste folgende Beschlüsse:

1. Das Konzept für eine bürgernahe Verwaltung in Sachsen ist die Grundlage der weiteren Arbeit und Debatte des Landesverbandes zur Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform im Freistaat Sachsen.
2. Der Landesparteitag spricht gegenüber der Linksfraktion im Sächsischen Landtag die Erwartung aus, das Konzept für eine bürgernahe Verwaltung in Sachsen als Arbeitsgrundlage zu verwenden, auf welcher die öffentliche Debatte geführt und parlamentarische Initiativen ergriffen werden.
3. Zur weiteren Arbeit mit dem Konzept für eine bürgernahe Verwaltung in Sachsen wird in Verantwortung des Landesvorstandes eine gemeinsame Steuerungsgruppe aus Mitgliedern der Partei und der Landtagsfraktion gebildet, die:
 - sich kritisch mit den von der Expertenkommission Verwaltungsreform am 18.10.2005 vorgelegten Vorschlägen zur Neuordnung der Verwaltung im Freistaat Sachsen auseinander setzt,
 - die von der Lenkungsgruppe der Koalitionsfraktionen und der Kommunalen Spitzenverbände bis zum Jahresende 2005 vorzulegenden Eckpunkte der Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform politisch bewertet,
 - die aus der weiteren öffentlichen Diskussion sich ergebenden grundsätzlichen Hinweise und Kritiken prüft und gegebenenfalls in das Konzept für eine bürgernahe Verwaltung in Sachsen einarbeitet,
 - Untersuchungen zur Entwicklung einer ausreichenden Mandatsdichte in den kommunalen Vertretungskörperschaften veranlasst und Vorschläge zur Stärkung der Wirksamkeit kommunaler Vertretungen unterbreitet.
 - dem Landesvorstand und der Fraktion der Linkspartei.PDS halbjährlich bis zum Abschluss der Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform über den Arbeitsstand berichtet.

Der neue Landesvorstand befasste sich bereits auf seiner 1. Sitzung vom 2. Dezember 2005 mit dem Beschluss des Landesparteitags und beauftragte den kommunalpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Dr. Michael Friedrich und den stellvertretenden Landesvorsitzenden Sebastian Scheel mit der Bildung der Steuerungsgruppe. Mit der Drucksache 9-019 beschloss der Landesvorstand am 13. Januar 2006 über die Zusammensetzung des Gremiums. In die Steuerungsgruppe wurden René Fröhlich, Dr. Michael Friedrich, Dr. Achim Grunke, Dr. Rainer Harbarth, Wolfgang Hinz, Kris Kaufmann, Sebastian Scheel, Alexander Thomas, Sylke Zehrfeld berufen. Leider konnte Genossin Kris Kaufmann zwischenzeitlich aus beruflichen Gründen nicht weiter an der Arbeit der Steuerungsgruppe mitwirken.

Am 2. Februar 2006 konstituierte sich die Steuerungsgruppe und verständigte sich über die anstehenden Aufgaben. Im Ergebnis wurden wesentliche Handlungsfelder und ein Arbeitsplan festgelegt.

Neben dem Auftrag des Landesparteitages sollten folgende Handlungsziele die Arbeit der Steuerungsgruppe prägen:

1. die Ermöglichung einer bedarfsabhängigen Vor-Ort Kommunikation,
2. die Organisation einer möglichst breiten Diskussion,

3. die Erarbeitung von Impulsen für die öffentliche Debatte sowie
4. die frühzeitige Information und Transmission zu Bürgermeistern, Landräten, kommunalen Mandatsträgern und gesellschaftsrelevanten Kräften.

Für die Erreichung der Ziele wurde unterschiedliches methodisches Herangehen vereinbart.

Die Sitzungen sollten die Möglichkeiten der Auseinandersetzung und des inhaltlichen Zugewinns bieten. Mit diesem Hintergrund wurde verabredet, mit Trägern unterschiedlicher Interessen und Blickwinkel ins Gespräch zu kommen und die eigenen Positionen zu prüfen oder zu qualifizieren. Folgende Vor-Ort Termine wurden durch die Steuerungsgruppe unter Einbeziehung der Fachsprecher der Landtagsfraktion vorgenommen.

10. März 2006	Kreisfreie Stadt Plauen
5. Mai 2006	Regierungspräsidium Dresden
30. Juni 2006	Staatsbetrieb Sachsenforst Graupa
8. September 2006	Regionalschulamt Bautzen
3. November 2006	Amt für ländliche Entwicklung Wurzen
10. November 2006	Gewerbeaufsichtsamt Bautzen
14. November 2006	Sächsischer Städte und Gemeindetag Dresden
8. Dezember 2006	Amt für Landwirtschaft Mittweida-Döbeln
	Sächsischer Landkreistag Mittweida
12. Januar 2007	Landesamt für Familie und Soziales Chemnitz
2. März 2007	Straßenbauamt Meißen
27. April 2007	Landesvermessungsamt Dresden
22. Juni 2007	Staatliches Umweltfachamt Leipzig

Bei diesen jeweils sehr anregenden Diskussionen konnten interessante Aspekte der praktischen Auswirkungen der Reformvorschläge herausgearbeitet werden. Für die Information und Unterstützung unserer kommunalen Mandatsträger wurden aus der Steuerungsgruppe heraus Muster für Presseerklärungen und Antragsentwürfe erarbeitet. Die Arbeit der kommunalen Mandatsträger in den betroffenen Gebietskörperschaften wurde durch schnelle und umfassende Informationen zum aktuellen Stand der Reform unterstützt. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Steuerungsgruppe Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene erarbeitet. Die Verwendung der zur Verfügung gestellten Materialien lag im Ermessen der kommunalen Abgeordneten vor Ort, so dass eine Einschätzung der Wirksamkeit dieser Methode nicht gegeben werden kann.

Der Auftrag des Landesparteitages konnte im Hinblick auf die kritische Bewertung des Expertenberichtes durch die Hinzuziehung von praxisnahen Gesprächspartnern und die Einbeziehung der Mitglieder der Landtagsfraktion erreicht werden.

Am 5. Juni 2007 sind die Gesetzentwürfe zur Funktional-, Verwaltungs- und Kreisgebietsreform in den sächsischen Landtag eingebracht worden. Im Rahmen der letzten Beratung der Steuerungsgruppe wurde einvernehmlich festgestellt, dass mit dem Einstieg in die parlamentarische Beratung die Grundlage der Arbeit der Steuerungsgruppe Verwaltungsreform entfallen ist. Das weitere Verfahren wird durch die Abläufe des Gesetzgebungsverfahrens bestimmt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Steuerungsgruppe ein sinnvolles und arbeitsfähiges Instrument war. Den übertragenen Aufgaben wurde, wenn auch mit einzelnen Schwierigkeiten, Rechnung getragen und auf die politische Debatte steuernd Einfluss genommen. Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion wurden gemäß Parteitagsbeschluss über den Stand der Arbeit informiert.

Anträge

A. 1.1

Änderungsantrag – Gründungserklärung

Einreicher: AG Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften Jens - Eberhard Jahn, KV Freiberg

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. **In Zeile 51** ist zu ergänzen:
2 „...und Nichtwählerinnen...“
3 2. **In Zeile 58** ist nach „Kirchen“ zu ergänzen:
4 „...und Religionsgemeinschaften...“
5 3. **Nach Zeile 63** ist folgender Text einzufügen:
6 „Dies kann nur gelingen, wenn wir linke Politik nicht in erster Linie **für** die Menschen entwickeln,
7 sondern vielmehr gemeinsam mit Werktätigen und Erwerbslosen, Rentnerinnen, Rentnern und
8 Studierenden, Flüchtlingen, Gläubigen und allen gesellschaftlich engagierten Demokratinnen und
9 Demokraten Wege zum dringend gebotenen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft
10 entwickeln.“

Begründung:

- a) Im Antragstext erscheinen durchgängig die männliche und die weibliche Form der für Personen stehenden Substantive; dies ist auch hier so zu handhaben.
- b) Natürlich organisieren Kirchen in Sachsen den größten Teil gläubiger und religiöser Menschen; es wird jedoch nicht dem Anspruch einer weltoffenen linken Partei gerecht, sich auf der religiösen Schiene nur auf diese zu konzentrieren; vielmehr sollten sich auch – und sei es ohne einzelne Nennung sondern eben durch das Wort „Religionsgemeinschaften“ – Menschen jüdischen, muslimischen, buddhistischen und anderen Glaubens angesprochen fühlen können. Mit der Formulierung „Kirchen und Religionsgemeinschaften“ ist gleichwohl ausgedrückt, dass die christlichen Kirchen aus historischen und demografischen Gründen in Sachsen unter den Religionsgemeinschaften eine hervorgehobene Stellung einnehmen.
- c) Unser Anspruch als „Mitmachpartei“ sollte gleich zu Beginn des Antragstextes betont werden; noch wichtiger ist es, deutlich zu machen, dass wir LINKE nicht nur an Bündnissen mit Institutionen und Organisationen (wie in Zeilen 58f ausgeführt) interessiert sind, sondern auch unterhalb der „Funktionärebene“ Menschen aus den genannten Bereichen ansprechen, und in gemeinsame Projekte linker Politik einbeziehen wollen. Des Weiteren wird durch den einzufügenden Absatz die Bedeutung der ökologischen Frage für uns LINKE auch gleich zu Beginn des Textes verdeutlicht.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: _____ Abgelehnt: _____

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: ____ dagegen: ____ Enthaltungen: ____

Bemerkungen: _____

Austauschseite

A. Sachanträge zum Hauptthema des Parteitages

A.1

Eine andere Welt ist nötig – Für ein Leben in Menschenwürde Politisch-programmatische Gründungserklärung der Partei DIE LINKE. Sachsen

Einreicher des Antrages:

Prof. Peter Porsch, Dr. Cornelia Ernst, Dr. André Hahn, Caren Lay, Enrico Stange und die Landesvorstände der Linkspartei.PDS Sachsen sowie der WASG Sachsen auf der Grundlage eines Papiers aus der paritätischen Strategiekommission von WASG und Linkspartei.PDS Sachsen mit den Mitgliedern Annetrin Klepsch, Gabriele Engelhardt, Sylvia Wohlfeld, Martina Große, Ralf Vogel, Stefan Hartmann, Ralf Stautenberg und Ingo Groepler-Roeser

Der Parteitag möge beschließen.

- 1 I.
- 2 Nun ist es geschafft. DIE LINKE als gesamtdeutsche Partei ist Wirklichkeit geworden. Sie erwächst aus
- 3 den Hoffnungen vieler Menschen auf eine andere Politik. Eine Politik, die einsteht für ein Leben in
- 4 Menschenwürde, für die Wahrung demokratischer Grundrechte und für Frieden. DIE LINKE ist Antwort
- 5 auf die tiefe Enttäuschung vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber der unsozialen Politik der anderen
- 6 Parteien.
- 7 DIE LINKE verändert die Parteienlandschaft der Bundesrepublik nachhaltig und wird Einzug halten
- 8 auch in westdeutsche Parlamente. Bremen ist der Anfang.
- 9
- 10 Hervorgegangen aus verschiedenen Parteien und gesellschaftlichen Strömungen kommen
- 11 insbesondere sozialistische, kommunistische, linke sozialdemokratische Erfahrungen sowie Einflüsse
- 12 der Gewerkschafts-, Frauen- und neuen sozialen Bewegungen in der neuen Partei DIE LINKE zum
- 13 Tragen. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind
- 14 Werte und Ziele unseres gemeinsamen politischen Strebens. Die sächsische Linke wird als größter
- 15 Landesverband ihr starkes politisches Potenzial in unsere neue Partei einbringen.

Weiter wie in Heft (1) Seite 21

Übersicht über die Kandidaturen zum 1. Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen

(Stand 2. Juli 2007, 19.00 Uhr)

Landesvorsitzende	MdL Dr. Cornelia Ernst
Stellv. Landesvorsitzende	Claudia Hertlein Enrico Stange MdL Sebastian Scheel
Landesgeschäftsführer	MdL Rico Gebhardt
Landeschatzmeister	Heinz Pingel
Gleichstellungspolitische Sprecherin	Stefanie Götze
Jugendpolitischer Sprecher	Gregor Henker
Vorstandsmitglieder (weiblich) vormalige WASG	Gabriele Engelhardt Veronika Petzold Martina Sacher
vormalige Linkspartei.PDS	Karin Höfer MdL Katrin Kagelmann Annekathrin Klepsch MdL Kerstin Lauterbach Simone Luedtke Verena Meiwald Juliane Nagel Sylke Zehrfeld
Vorstandsmitglieder (männlich) vormalige WASG	Einde O'Callaghan Klaus Schmidt Klaus Schmole Tilo Wirtz
vormalige Linkspartei.PDS	Marco Götze Rainer Harbarth Stefan Hartmann MdL Heiko Kosel Michael - Alexander Lauter Lutz Richter Mirko Schultze Thomas Westphal Dr. A. W. MdL Karl-Friedrich Zais
Bundesausschuss (weiblich)	Annett Adam Grete Bach Heiderose Gläb Petra Fischer Karin Höfer MdL Kerstin Köditz

Weiter Bundesausschuss (weiblich):	Antje Schiwatschev
Bundesausschuss (männlich)	Ralf Becker Ingo Groepler-Roeser Andreas Kermer Manfred Landmann Jens Matthis Thomas Netzer MdL Falk Neubert Heinrich Ruynat Herbert Will
Landesschiedskommission: (weiblich)	Rosemarie Jahn
Landesschiedskommission: (männlich)	Jens Heydecke
Landesfinanzrevisionskommission (weiblich)	Annemarie Philipp Kerstin Prag
Landesfinanzrevisionskommission (männlich)	Ralf Fiebelkorn Jürgen Froberg Eberhard Sehr Wolfgang Siegel

Informationen und Kontakt zum 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen
www.linkspartei-sachsen.de
(0351) 85 32 70